



Die Grünen | Europäische Freie Allianz
im Europäischen Parlament

Angelika Beer, MdEP

Vortrag bei der Konferenz „Rechtsextremismus in Deutschland und Europa – aktuelle Entwicklungstendenzen im Vergleich“ bei der Heinz-Schwartzkopf-Stiftung

Gründung, Zusammensetzung und Ideologie der ITS-Fraktion im Europäischen Parlament

Am 15. Januar 2007 konstituierte sich die Fraktion „Identität – Tradition – Souveränität“ aus rechtsextremistischen Abgeordneten im Europäischen Parlament. Die neue Fraktion vereinte 20 Mitglieder die sich selbst als Rechtsdemokraten bezeichneten, unter ihnen fanden sich aber verurteilte Holocaustleugner, bekannte Rassisten und Faschisten.

Auslöser für die Gründung der rechten Fraktion war die Aufnahmen von Rumänien und Bulgarien in die EU. In beiden Ländern sind rechtsextreme Parteien sehr erfolgreich (Ergebnisse für rechte Parteien bei der Europawahl 2007: Rumänien 13%; Bulgarien 14%). Damit fanden sich genügend rechtsorientierte Parlamentarier im Europäischen Parlament, um eine Fraktion bilden zu können. 20 Abgeordnete aus mindestens 5 Mitgliedstaaten müssen sich laut Verordnung zusammenfinden um den Fraktionsstatus zu erhalten. Die Mitglieder der ITS setzten sich aus Belgien (Vlaams Belang), Rumänien (Partidul România Mare), Großbritannien, Italien, Frankreich (Front National), Österreich (FPÖ) und Bulgarien zusammen.

Durch die Gründung der rechtsextremen Fraktion im Europäischen Parlament war der europäische Rechtsextremismus im Herzen Europas angekommen.

Ihr Vorsitzender Bruno Gollnisch von der französischen Front National wurde nach seinen Äußerungen zur Judenvernichtungen im Januar 2007 zu drei Monaten Haft auf Bewährung verurteilt und musste eine Geldstrafe von 5.000 Euro zahlen. Hinzu kamen Schadensersatzzahlungen in Höhe von 55.000 Euro, die er an die neun

Nebenkläger (Menschenrechts-, antirassistische und jüdische Gruppen) abführen musste. Es war also ein Start nach Maß: Kaum hat sich die Rechtsextremisten-Fraktion ITS konstituiert, wird kein Geringerer als ihr Vorsitzender wegen Leugnung des Holocausts in Frankreich verurteilt. Dadurch offenbarte sich das wahre Gesicht dieser Fraktion.

Ein weiteres Mitglied der Fraktion war die Italienerin Alessandra Mussolini. Die Enkelin des „Duce“ gehörte bis 2003 der Alleanza Nazionale an, aus der sie austrat, nachdem deren Vorsitzender den Faschismus als „Verkörperung des Bösen“ verurteilte. Daraufhin gründete sie mit mehreren faschistischen Hardlinern die rechtsextreme Bewegung „Alternativa sociale: Lista Mussolini“. Anlässlich des Skandals rund um den Kapitän der Fußballmannschaft von Lazio Rom, wegen eines „römischen Grußes“ (ausgestreckter rechter Arm) im Mai 2005 sagte Mussolini, dass sie zutiefst gerührt war und bot ihm einen Posten in ihrer Partei an. Von ihr stammt auch das Zitat „Besser Faschistin als schwul!“.

Andreas Mölzer war wie Mussolini im Vorstand der ITS-Fraktion und ist Mitglied der FPÖ. Er ist Mitherausgeber der „Jungen Freiheit“ und seit 1997 Mitherausgeber und Chefredakteur der deutschnationalen Wochenschrift „Zur Zeit“ aus Österreich. Mölzer fiel unter anderem negativ auf als er sich 2005 weigerte, für eine Auschwitz-Resolution zu stimmen, in der Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit verurteilt werden.

Ideologisch sind die Politiker der ITS-Fraktion sehr unterschiedlich orientiert. Ihre gemeinsamen inhaltlichen Grundpositionen lagen in der Ablehnung von Einwanderung, eines möglichen Beitritts der Türkei zur EU und der EU-Verfassung. Mit der Ablehnung der Verfassung positionierten sie sich auch gegen die Grundrechte –Charta der EU. Ziel der Fraktion war die Verteidigung von „christlichen Werten, der Familie und der europäischen Kultur“. Grundlage für die Arbeit der neuen Fraktion bildete die so genannte „Wiener Erklärung der europäischen patriotistischen und nationalen Parteien und Bewegungen“ die auf einem Kongress am 11.-13. November 2005 beschlossen wurde. Darin forderte man „angesichts der Bedrohung der europäischen Werte durch Globalisierung, Masseneinwanderung und der Realitätsverweigerung durch Vertreter der ‘Political Correctness’“ unter anderem 1) einen Staatenbund souveräner Nationalstaaten, 2) die Abkehr von der gemeinsamen Verfassung, 3) die Absage an eine „schrakenlose Ausweitung der

europäischen Union“, 4) „den effektiven Schutz Europas gegen Gefahren wie etwa den Terrorismus, aggressiven Islamismus, Supermacht-Imperialismus und wirtschaftliche Aggression durch Niedriglohnländer“, 5) einen „sofortigen Einwanderungsstopp in alle Staaten der Europäischen Union“, und 6) eine „pro-natalistische Familienpolitik, die die Förderung des Kinderreichtums der europäischen Völker in der traditionellen Familie bezweckt“.

Mit dem Fraktionsstatus hatten Ultrationalisten, Holocaustleugner und Faschisten, die hier bisher nur als politische Heckenschützen agieren konnten, die Möglichkeit bekommen diese antieuropäischen, antidemokratischen und vor allem menschenverachtenden Positionen auch im Europäischen Parlament zu verbreiten. Als Fraktion musste ihnen das Europäische Parlament sowohl die notwendigen materiellen Mittel als auch eine politische Bühne gewähren.

Damit verbundenen ist eine Grundredezeit bei Plenar- und Ausschusssitzungen, ein Platz im Parlamentspräsidium und der Einfluss auf die Tagesordnung der parlamentarischen Tätigkeit. Ein weiterer Anreiz zur Gründung einer Fraktion ist die damit verbundene finanzielle Ausstattung. Dazu gehört aber auch eine zunehmende Sichtbarkeit in der politischen Öffentlichkeit, die nicht zu unterschätzen ist.

Die Mitglieder der neuen rechtsextremen Gruppe repräsentierten sich im Nadelstreifenanzug, doch hinter ihren Parolen verstecken sich antidemokratische und ausländerfeindliche Hetze.

Die Abgeordneten der ITS- Fraktion arbeiteten wie Wölfe im Schafspelz. Sie nutzen die Rechtsordnung des Europäischen Parlamentes aus, um sie für ihre Interessen zu nutzen. Es ist denkwürdig, dass gerade die politische Union, welche die Rechtsextremisten beenden und abschaffen möchten, ihnen große politische Macht ermöglichte.

Der parlamentarische Umgang mit der Fraktion:

Es wurde deutlich: Rechtsextremismus ist eine gesamteuropäische Herausforderung. Im Europäischen Parlament war Ähnliches zu beobachten, wie in nationalen Parlamenten, in die Rechtsextreme eingezogen waren. Im parlamentarischen Umgang versuchte man weniger sich mit ihnen auseinanderzusetzen, sondern man

ignorierte sie. Dies ist ein Fehler auch auf europäischer Ebene. Denn es waren zwei Phänomene festzustellen: Erstens brachte die ITS Änderungsanträge ein, die von dreimal mehr Abgeordneten unterstützt wurden als die ITS selber hat. Und zweitens wurde auf Initiative der Rechtsextremen im Europaparlament versucht, eine deutsche Liste der extremen Rechten in Deutschland voranzutreiben, mit dem Ziel, dass auch deutsche Rechtsextreme zur Wahl 2009 antreten und die ITS deutlich stärken.

Der neu gewählte Parlamentspräsident Hans-Gert Pöttering (CDU), langjähriger Vorsitzender der christdemokratisch-konservativen Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament gab an, dass er es zwar bedauere, dass sich „diese Leute“ zu einer Fraktion zusammengeschlossen hätten, verwies aber gleichzeitig auf den rechtlichen Status als Fraktion:

„Wenn Abgeordnete mit Meinungen, egal welcher Art, sich zusammentun und eine Fraktion bilden, dann haben sie einen offiziellen Status im Parlament, sie bekommen eine Finanzausstattung, sie bekommen auch offizielle Redezeiten zugeteilt. Es wird die Aufgabe der anderen Fraktionen sein, sich sehr stark politisch mit ihnen auseinanderzusetzen und so die Menschen zu überzeugen, dass sie beim nächsten Mal nicht wieder im europäischen Parlament vertreten sind.“

Die Sozialisten und Sozialdemokraten forderten die anderen Fraktionen auf, einen „Cordon Sanitaire“ gegen die neue Rechtsfraktion zu ziehen. Der Fraktionsvorsitzende Martin Schulz appellierte in einem Brief an seine Kollegen, die Mitglieder der rechtsextremen Fraktion nicht in Führungspositionen wie die von Vize-Vorsitzenden in parlamentarischen Ausschüssen zu wählen. Sein Appell hatte Erfolg: Am 1. Februar 2007 wurde keiner der Abgeordneten der ITS-Fraktion in einen Ausschussvorsitz gewählt. Die konservativ-christdemokratische Fraktion zweifelte die gemeinsame politische Basis der ITS-Fraktion an und wollte die Gruppe auf diesem Wege anfechten. Diese Bestrebungen waren jedoch nicht erfolgreich.

Im Umgang mit der ITS-Fraktion gelang das, was sonst innerhalb der europäischen Fraktionen eher die Ausnahme ist: Man einigte sich intern darauf, die Zusammenarbeit mit der ITS-Fraktion auf das Nötigste zu beschränken und nach außen hin Ablehnung gegenüber der Fraktion zu kommunizieren.

Die demokratischen Europaabgeordneten mussten eine politische Antwort auf die Bildung der Fraktion finden und deutlich kommunizieren, dass man eine Zusammenarbeit mit den Abgeordneten der ITS ausschließt. Außerdem galt es als nationale, aber auch europäische Herausforderung, dazu beizutragen, dass es zu keiner weiteren Vernetzung auf europäischer Ebene komme.

Die EU-Kommission hat anfangs den gleichen Fehler gemacht, wie viele Parteien es z.B. auch in Deutschland machen: Sie versuchen, das Problem nicht beim Namen zu nennen. Die Kommission wollte die Finanzierung des polnischen Radiosenders Radio Marya, der gegen Homosexuelle hetzt und antisemitische Sprüche verbreitet, ohne großes Aufsehen beenden. Solches Verhalten ist unaufrichtig und nicht zu rechtfertigen. Wir müssen Rechtsextremen auf der gleichen Ebene begegnen. Das bedeutet nicht, sich den Rechten mit Gewalt entgegenzustellen, sondern wir müssen uns mit ihnen auseinandersetzen und uns klar von ihrer Ideologie distanzieren. Diesen Weg ist die EU-Kommission nicht gegangen.

Das Ende der Fraktion „Identität, Tradition, Souveränität“

Der Rechtsextremismus verfügt trotz permanenter Anstrengungen seiner Vordenker über keine ideologische Rechtfertigung für internationale Bestrebungen. Lediglich die Zweckmäßigkeit kann die Rechten zu internationaler Kooperation bewegen. Bei der Gründung der ITS-Fraktion spielten offensichtlich machtpolitische Überlegungen die zentrale Rolle. Mit der Auflösung der Fraktion trat dieser Dissens wieder offen ans Tageslicht.

Nach internen Streitigkeiten sind die 5 rumänischen Abgeordneten am 14. November 2007 aus der ITS-Fraktion ausgetreten. Alessandra Mussolini hatte in rassistischer Weise rumänische Immigranten in Italien attackiert. Daraufhin kam es zum offenen und mit Vehemenz ausgetragenen Schlagabtausch mit der Großrumänien-Partei. Durch den Austritt der Rumänen verlor die Rechtsextremistenfraktion ‚Identität Tradition, Souveränität‘ ihren Fraktionsstatus.

Die Fraktion ist also nach weniger als einem Jahr Zusammenarbeit an ihrem eigenen Rassismus zerbrochen.

Die Rechten stecken generell in dem Dilemma, dass Annäherungsversuche zwischen Deutschen und Polen oder Österreichern und Italienern in der deutschsprachigen rechtsextremen Szene als „Verrat“ gelten. Eine Zusammenarbeit mit Polen würde die faktische Annerkennung der Oder-Neiße-Grenze bedeuten, Kooperation mit neofaschistischen Italienern würde die Akzeptanz der Brenner-Grenze bedeuten. Ein Rückblick auf die letzte gemeinsame Fraktion zwischen der französischen Front National, den deutschen Republikanern und dem damaligen italienischen neofaschistischen FSI zeigt, dass dies kein neues Phänomen ist: Die damalige Fraktion wurde ebenfalls durch Querelen zwischen den Nationalisten erschüttert: Die Republikaner stritten sich mit der FSI, weil die REPS den „deutschen Charakter Südtirols“ betonten.

Einerseits müssen die europäischen Rechten also das eigene Parteivolk beschwichtigen und erklären, warum sie mit den ehemaligen „Erbfeinden“ koalieren, andererseits sind sie darum bemüht die Fraktion am leben zu erhalten, um die verbesserte Durchsetzungsmöglichkeit ihrer -nationalen- Interessen im Europäischen Parlament zu gewährleisten.

Das Zerschlagen der Fraktion und das beschriebene Dilemma sind jedoch kein Grund zur Entwarnung, denn die ITS-Abgeordneten bleiben mit ihren Anti-Europa- und rassistischen Parolen in Brüssel.

Außerdem wurde die Vernetzung von europäischen Rechtsextremen durch neue Wege der Kommunikation z.B. übers Internet deutlich ausgebaut: Die Führungsköpfe verschiedener europäischer rechtsextremer Organisationen arbeiten mittlerweile grenzüberschreitend und kommen an jährlichen Gedenktagen zusammen. Dabei sind die Deutschen federführend in der europäischen Netzwerkbildung. Die Kommunikation zwischen den nationalen Rechtsextremisten hat sich im Laufe der Zeit – auch im Europaparlament - kontinuierlich verbessert.

Neue Bestrebungen der Europäischen rechten um eine eigene EP-Fraktion:

In der rechtspopulistischen Szene sind vor allem FPÖ und Vlaams Belang sehr engagiert dabei eine rechtspopulistische europäische Partei zu gründen. In dieser Szene gibt es viele Konferenzen (z.B. die „Anti-Islamisierungs-Konferenz im September 2008 in Köln), gemeinsame Publikationen und Auftritte bei Parteitagen. Am 25. Januar 2008 gaben die Anführer von vier europäischen Rechtsparteien eine

Pressekonferenz in Wien, auf der sie Pläne zur Gründung einer gemeinsamen europäischen Rechtspartei verkündeten. Die Partei sollte bis zum 15. September gegründet werden. Um Fördermittel von der EU zu erhalten müssen Parteien aus sieben Ländern teilnehmen (die in einem Landtag oder im Bundestag vertreten sind oder 3% bei einer Wahl erhalten haben). Mölzer kündigte Gespräche mit weiteren europäischen Rechtsextremisten an.

Auf dem Anti-Islamisierungs-Kongress sollte die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ausgebaut und der Plan einer „Internationalen der Nationalen“, die auch zur Europawahl 2009 antritt, in die Tat umgesetzt werden.

Der Abbruch der Veranstaltung wegen des breiten gesellschaftlichen Engagements und Protestes auf den Kölner Straßen ist erfreulich. Die Bemühungen zur Bildung einer rechtsextremistischen Plattform für die Europawahlen im Juni 2009 stehen damit allerdings nicht vor dem Aus. Die grenzüberschreitende menschenverachtende Ideologie der extremen Rechten findet in immer neuen Bündnissen und Aktionsformen eine Anti-Europäische Plattform.

Auf ihrer Pressekonferenz während des Kongresses haben der pro-Vorsitzende Markus Beisicht, der Bundestagsabgeordnete Henry Nitzsche, der FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky und der Vlaams-Belang-Fraktionsvorsitzende Filip Dewinter eine noch engere Vernetzung rechtspopulistischer Bewegungen in Europa angekündigt. Pro Köln kündigte außerdem einen neuen Kongress mit den europäischen Verbündeten in Frankreich, Flandern, Italien und Österreich an. Die Formierung einer europäischen rechtsextremen Partei wird damit vorangetrieben. Weiterhin möchte die FPÖ in Köln ein Europabüro eröffnen, um Pro Köln bei der Kommunalwahl, die wie die Europawahl am 7. Juni 2009 stattfinden soll, zu unterstützen. Auf der FPÖ-Wahlparty am 29. September wurde der Wunsch nach einer Vertiefung der Zusammenarbeit weiter bekräftigt.

Italiens rechtsextremistische Partei "Forza Nuova" kündigte außerdem eine gemeinsame Wahlkampagne mit der FPÖ für die Europawahlen an.

Die Ergebnisse der österreichischen Wahl sind besonders erschreckend: BZÖ und FPÖ konnten über 30 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. 43 Prozent der unter 30-jährigen haben eine der beiden rechtsextremen Parteien gewählt.

Viele Stimmen versuchen diese Tatsache herunterzuspielen. Die Wahl einer rechten Partei sei eine Protestwahl gegen die große Koalition und die EU. Es handele sich

hier nicht um tiefe Verankerung rechter Gesinnung in der Gesellschaft. Die Wahl von Parteien die mit Sprüchen wie „Willst du eine Wohnung haben, musst du ein Kopftuch tragen“ oder „Österreich den Österreichern!“ in den Wahlkampf gezogen sind, zeigt aber das Gegenteil.

Zudem wurde im Wahlkampf die demokratiefeindliche, rechtsextremistische Gesinnung der führenden Parteimitglieder thematisiert, insbesondere die Gesinnung vom FPÖ-Spitzenkandidaten Strache. Ein Großteil freiheitlicher Politiker rekrutiert sich aus dem nationalen Lager. Mehr als die Hälfte der FPÖ-Mandatare im letzten Nationalrat war Mitglied bei schlagenden Burschenschaften. Das extrem rechte Parteien so hohe Wahlerfolge erzielen, ist ein ganz neue Situation.

Europaweite Vernetzung der deutschen Rechten in den Parlamenten

Die rechten Führungsköpfe arbeiten grenzübergreifend und kommen dann an den alljährlichen Gedenktagen zu gesamteuropäischen Veranstaltungen zusammen. Die Deutschen sind dabei federführend in der europäischen Netzwerkbildung.

Zum alljährlichen NPD-„Fest der Völker“ kommen Gäste aus ganz Europa, vor allem aus dem Umfeld der European National Front. Im Jahr 2008 kamen ca. 1500 Nazis aus 12-17 Ländern und hörten Redebeiträge aus der Schweiz, England, Schweden, Italien, Bulgarien, Spanien, Deutschland, Tschechien und der Slowakei.

Im August dieses Jahres fand in Schwerin ein Treffen der „Kontinent Europa Stiftung“ statt, unter dem Motto „Deutschland und Russland - Fundamente für ein Europa der Zukunft“. Mit dabei waren neben dem Vorsitzenden der Stiftung Patrik Brinkmann, der Russe Wjatscheslaw Daschitschew und der Spanier Enrique Ravello, die NPD hatte Udo Pastörs, Stefan Köster und Andreas Molau geschickt. Brinkmann sagte dort, die NPD sei die einzige Partei in Deutschland, die eine national orientierte Europa-Politik vertreten würde.

Als wichtiges neues Forum rechtsextremer Parteien und Organisationen hat sich die European National Front (ENF) gebildet, in der sich europäische rechtsextreme Parteien versammeln. Mit dabei sind unter anderem NPD (DE), La Falange (ES), Forza Nuova (IT), Renouveau Francais (FR) und Nuvoa Dreapta (RU). Es finden viele gemeinsame Veranstaltungen und Demonstrationen der beteiligten Gruppierungen statt.

Was können wir tun?

Auf die Bemühungen der Rechten mit einer „Internationalen der Nationalen“ ins Europäische Parlament zurückzukehren müssen wir grenzüberschreitend und gemeinsam reagieren. Wir brauchen eine offensive Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus in ganz Europa und müssen die Rechten politisch angreifen. Die Fraktion der Sozialisten hat mit einer Petition gegen Gewalt, Antisemitismus und Rassismus diesen Weg eingeschlagen. Unter dem Titel “Acting together against violence, intolerance and hatred“ werden die Mitglieder des Europäischen Parlamentes aufgerufen, gemeinsam für die persönliche Freiheit der Europäischen Bürger, Toleranz und Gleichheit einzustehen und Gewalt gegen Minderheiten zu ächten. Auch der Fußball ist bereits europaweit aktiv geworden: Seit Beginn der Saison 2008/09 wird vor den Spielen in der Champions League und im UEFA-Pokal eine Erklärung gegen Rassismus verlesen. Außerdem werden vor dem Spiel und in der Halbzeitpause TV-Spots gegen Rassismus ausgestrahlt.

Weggucken hilft nicht: Die Rechtsextremen haben eine neue Argumentation und Strategie aufgebaut, um die Wählerinnen und Wähler von sich zu überzeugen. Sie nutzen Stimmungen aus, z.B. gegen soziale Ungerechtigkeit und nutzen Symbole der demokratischen Parteien und auch der linken autonomen Szene. Am ersten Mai in Hamburg war es kaum noch möglich zwischen linken und rechten Autonomen zu unterscheiden – ähnliche Bilder gibt es auch aus anderen europäischen Ländern

Ignorieren nützt nichts, wir müssen den Wählerinnen und Wählern deutlich zeigen, dass die Wahl von rechten Parteien nicht bedeutet, dass sich ihre persönliche Situation verbessert, sondern, dass diese Parteien hauptsächlich gegen die Demokratie sind. Das Isolieren und Ignorieren der Rechtsextremen nicht ausreicht und sogar gefährlich sein kann, zeigen die -teilweise erfolgreichen- Versuche der ITS-Änderungsanträge im Europäischen Parlament einzubringen und Unterstützer hierfür, auch in den Reihen anderer Fraktionen fanden. Dadurch gelang es der Fraktion massiv Öffentlichkeitsarbeit in eigener Sache zu betreiben.

Die 27 Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft müssen außerdem eine kohärente, gemeinsame Strategie gegen Rechtsextremismus entwickeln. Es handelt sich hier zweifellos um eine Herausforderung für die gesamte EU.

Derzeit stehen wir vor dem Problem, dass die EU-Staaten höchst unterschiedlich auf Rechtsextremismus reagieren. Dies ist in verschiedenen politischen Kulturen der Mitgliedsländer und deren Vergangenheit begründet. Finden die Rechten in Deutschland keinen Raum, ihre Gesinnung zu verbreiten, gehen sie in Länder, in denen liberalere Gesetze herrschen. Dort können die Rechten ungestraft den Holocaust leugnen und Nazi-Symbole tragen. Skandinavien zum Beispiel hat sich als Rückzugsraum für europäische Rechtsextreme und ihre Konzerte entwickelt. Das „Blood & Honour“-Netzwerk, das in Deutschland und anderen Staaten verboten ist, kann hier ohne Probleme seine Konzerte veranstalten. Deshalb muss die rechtsextremistische Szene in Europa die Staatsgewalt kaum fürchten. Gibt es in einem Land Probleme bei der Durchführung von Veranstaltungen, werden diese in ein anderes europäisches Land verlegt. Dabei werden unterschiedliche Gesetzeslagen geschickt ausgenutzt.

Nur mit dem Schwingen der juristischen Keule ist eine europaweite Kooperation gegen Rechts aber nicht sinnvoll, es würde weder an der Gesinnung noch an der Ausstrahlung etwas ändern. Im Gegenteil: Es führt eher dazu, dass die extrem Rechten noch aggressiver und leider auch noch attraktiver werden. Zudem birgt sie die Gefahr, die demokratischen Rechte einzudämmen.

Wir Deutschen tragen bei diesem Thema eine besondere Verantwortung. Vor allem gegenüber den Ländern, die das Phänomen Rechtsextremismus nicht so kennen. Es ist ein politisches Problem, nicht klar Farbe zu bekennen und ein gesellschaftliches, lieber wegzugucken. Ich wünsche mir, dass sich auch im Europaparlament mehr Abgeordnete finden, die sich engagieren. Und ich werde selbst versuchen, ein paar Kollegen anzustecken.